

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 31. Mai 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bayern zögert noch immer!

München, 31. Mai. (WIZ.) In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident v. Kahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab:

Die bayerische Staatsregierung ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Willens in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das Mögliche zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden.

Die Erklärung des Herrn v. Kahr zeigt, daß die bayerische Regierung das alte Spiel der Zweideutigkeiten fortsetzt. Auf der einen Seite wird mit verdächtigen Redensarten wie „nach Möglichkeit“ und „tunlichst“ fristgerechte Entwaffnung und „loyale Haltung“ in Aussicht gestellt.

Die neue Anfrage an die Entente, ob nun wirklich die Aufhebung der Einwohnerwehren gefordert sei, diese schlecht gespielte Schwerhörigkeit, kann natürlich nichts anderes sein als

eine kurze Komödie. Noch heute muß die Reichsregierung die Liste der Organisationen einreichen, deren Entwaffnung und Auflösung bis zum 30. Juni nicht „tunlichst“ oder „nach Möglichkeit“, sondern unter allen Umständen durchgeführt sein muß.

Die Erklärung des Herrn v. Kahr ist nur verständlich aus seiner schlotternden Angst vor denen, die er regieren soll. Zuerst pfiff Bayern auf das Reich, dann pfiff die Leitung der Einwohnerwehren auf die bayerische Regierung, jetzt pfeifen die Gauleiter auf die Leitung der Einwohnerwehren.

Wenn die Reichsregierung sich noch rechtzeitig entschließt, mit fester Hand Ordnung zu schaffen, so wird sie die erdrückende Mehrheit des Volkes in Deutschland, und auch in Bayern selbst, auf ihrer Seite haben.

Das Verzeichnis der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen, Einwohnerwehren usw. ist gestern der Interalliierten Militärkontrollkommission überreicht worden.

Begen Nordschleswig-Legenden!

Von Dr. H. Röster.

Im Zusammenhang mit den bekannten Veröffentlichungen des dänischen Professors Tage Friis, die nunmehr durch Entgegenkommen sowohl des ehemaligen Unterstaatssekretärs Dr. David wie auch des ehemaligen dänischen Landtagsabgeordneten Kloppeburg-Skrumsager auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt worden sind, haben eine Reihe von deutschen Blättern die längst widerlegte Legende aufgewärmt, daß lediglich durch das übereilte Entgegenkommen der damaligen deutschen Regierung und besonders durch die veröhnliche Haltung des Staatssekretärs Dr. Solf die Wiederaufrollung der nord-schleswigschen Grenzfrage verschuldet worden ist.

Bereits im Jahre 1917 hatte die englische Regierung zur Vorbereitung für die künftigen Friedensverhandlungen ein sogenanntes „Friedenshandbuch“ (Peace Handbook, prepared under the Direction of the Historical Section of the Foreign Office) herausgegeben, in dem von kompetenter Seite alles wissenschaftliche, ethnologische, wirtschaftliche und politische Material gesammelt wurde, das bei der Beratung auf der Friedenskonferenz eine Rolle spielen würde.

Die britische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgesehen wird, daß der mittlere Teil Oberschlesiens zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken sofort unter Bewachung durch alliierte Truppenteile gestellt wird. Die französische Regierung lehnt es auch nicht unbedingt ab, dem weiteren britischen Vorschlag zuzustimmen, nach dem die Bezirke im Norden und Süden Oberschlesiens, die nach allgemeiner Ansicht an Deutschland bzw. an Polen fallen sollen, sofort von der deutschen bzw. polnischen Regierung besetzt werden sollen.

Durchschlagender noch ist ein Dokument, das erst seit einigen Wochen der politischen Öffentlichkeit Europas bekannt geworden ist. Das sind die persönlichen Erinnerungen von der Friedenskonferenz in Versailles, die der ehemalige amerikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Hauptmitarbeiter Wilsons, Herr Robert Lansing, nunmehr hat erscheinen lassen. (The Peace Negotiations, a Personal Narrative by Robert Lansing.) Auf dieses Buch und die erschütternden Beiträge, die es zu der Frage der Behandlung des Selbstbestimmungsrechts in Versailles überhaupt liefert, wird in anderem Zusammenhang noch einzugehen sein.

Vorkonferenz in Boulogne?

London, 31. Mai. (WIZ.) „Daily Telegraph“ zufolge hat die britische Regierung Briand vorgeschlagen, entweder morgen oder Donnerstag in Boulogne eine Vorkonferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um Einzelheiten des Sachverständigenausschusses zu regeln, dessen Bericht dann etwa innerhalb einer Woche bzw. zehn Tagen nach der Zusammenstellung des Ausschusses einer Vollversammlung des Obersten Rates unterbreitet werden könnte.

Dem „D'oeuvre“ zufolge ist die französische Regierung bereit, einer Einberufung der Konferenz am Sonnabend zuzustimmen.

London, 31. Mai. (WIZ.) „Times“ meldet, daß die französische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgesehen wird, daß der mittlere Teil Oberschlesiens zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken sofort unter Bewachung durch alliierte Truppenteile gestellt wird.

Die britische Antwort an Frankreich läuft der „Times“ zufolge darauf hinaus, daß erstens keine Anzeichen dafür bestehen, daß Korianty seinen Vorschlag durchführe, und daß zweitens, wenn dies doch der Fall sei, das um so besser sei, denn es würde dann den Polen leichter sein, Pflanz und Rybnik zu besetzen.

Die Entente-Kommission für Oberschlesien.

Paris, 31. Mai. (Havas.) In französischen Kreisen hat man die Zustimmung der englischen Regierung zu dem französischen Vorschlag über eine Sachverständigen- und Untersuchungskommission für die Grenzregulierung in Oberschlesien sehr günstig aufgenommen. Man ist jedoch in Paris der Ansicht, daß eine vorhergehende Versammlung des Obersten Rates nicht erforderlich ist, um diese Kommission zu bestimmen, die leicht von den Kanzeln ernannt werden kann.

Paris, 31. Mai. (WIZ.) Die Matin meldet, wird in der französischen Antwort auf die gestern überreichte englische

rote geltend gemacht werden, daß der Zusammenritt der Sachverständigen in Opatowitz nicht rasam erscheine, da man diese neue Kommission der Vorkonferenz entziehen müsse, die sich innerhalb der Interalliierten Kommission in Opatowitz geltend gemacht hätten. Man wisse tatsächlich, daß Oberst Percival deutsche Erziehung genossen habe und in seinen Berichten nichts zurückhalte, was der deutschen These als Argument dienen könnte.

Nach „Echo de Paris“ jedoch scheint es, daß die französische Regierung geneigt sei, die Entsendung der Sachverständigenkommission nach Oberschlesien anzunehmen, und daß sie nur verlangen werde, daß der Oberste Rat erst nach ihr zusammentrete und nicht vorher, wie die englische Note es verlange.

Ein neuer Vertreter Englands.

London, 31. Mai. (TU.) Oberst Percival, der englische Vertreter der Interalliierten Kommission für die Volksabstimmung in Oberschlesien, der aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten hatte, ist durch Sir Harold Stuart, den früheren englischen Kommissar der Rheinlandkommission ersetzt worden.

Percival hat sich bemüht, in der ober-schlesischen Frage stets eine objektive Haltung einzunehmen. Das führte oft zu harten Zusammenstößen mit dem französischen Vorsitzenden der Interalliierten Kommission Le Rond. Ob er ein Opfer dieser Gegnerschaft geworden ist, mag dahingestellt bleiben. Die Veröffentlichungen des „Matin“, die wir an anderer Stelle wiedergeben, deuten darauf hin.

Eine deutsche Beschwerde.

Am 20. Mai ist an die Entente eine deutsche Note abgegangen, in welcher Klage über das Ausbleiben jeglicher Kohlenlieferungen aus Oberschlesien geführt wurde. Bisher ist eine Antwort darauf nicht eingegangen.

England und das Leipziger Urteil.

London, 31. Mai. (WIZ.) Während ein Teil der englischen Presse, Daily Mail und Daily News, erneut äußerst scharfe Kritik an den in Leipzig verhängten Strafen übt, hebt der aus Leipzig zurückgekehrte Solicitor General Sir Ernest Pollock, die Unparteilichkeit des Gerichtshofes hervor. Zahlreichen Unterhausmitgliedern, die ihn gestern Abend über seine Eindrücke in Deutschland befragten und die der Ansicht waren, daß die in Leipzig gefällten Urteile vollkommen unzulänglich seien, sagte er, daß die Verhandlungen gerecht geführt wurden. Er erklärte, er betrachte die moralische Wirkung der Leipziger Prozesse als äußerst günstig, und betonte das Entgegenkommen, das er und die anderen britischen Beamten von den deutschen Behörden erfahren haben.

nord-schleswigsche Problem überhaupt noch nicht in den Kreis ihrer Betrachtungen zog. Wie man unter diesen Umständen noch behaupten kann, die Nord-schleswig-Frage sei durch die Schuld der deutschen Regierung aufgelöst worden, ist mir unersichtlich. Daß im übrigen der erste Mitarbeiter Wilsons eine den 14 Punkten seines Herrn und Meisters so direkt ins Gesicht schlagende Forderung aufstellte, darf uns nicht wundern. Denn in seinem Buche erklärt er uns mit erschütternder Deutlichkeit immer wieder, daß er die Grundsätze der 14 Punkte und besonders das sogenannte Selbstbestimmungsrecht von Anfang an für gänzlich ungeeignete Methoden zur Herstellung des Weltfriedens betrachtete. Ob er damit recht hatte oder nicht, darüber werden die Meinungen auch in Deutschland auseinandergehen. Unbestreitbar ist jetzt nur das eine, daß die alliierten und assoziierten Mächte lange vor Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen entschlossen waren, die nord-schleswigsche Frage auf der Friedenskonferenz neu zu lösen. Nur durch einen vollendeten militärischen Sieg hätte Deutschland das verhindern können.

## Wiederbeginn der Parlamente.

Der Reichstag tritt heute, 3 Uhr nachmittags, wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: Anfragen. Erste Lesung des Gesetzesentwurfs über den Volkseinsatz und des Reichsschulgesetzes, und die zweite Lesung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof.

Für morgen wird die Programmklärung der neuen Regierung erwartet.

Das preussische Abgeordnetenhaus versammelt sich heute, nachmittags 2 Uhr.

## Kapp-Rebell und BSB.

Als bald nach seinem Zusammenbruch löste sich das Kapp-Abenteuer bekanntlich in eine Reihe nebelhafter Vorstellungen auf, die nur noch eine Weise in den Köpfen hegerischer Volksgenossen haften blieben, bis eine huldvolle Amnestie auch die letzten Spuren der Heroenwoche vom 13. März n. J. vertilgte. Nur die Führer unterliegen bekanntlich noch der strafrechtlichen Verfolgung, aber wehe denen, die es wagen würden, einen jener Männer als Führer zu bezeichnen, die schon die Ministerposten unter sich verteilt hatten, bis der einmütige Widerstand des werktätigen Volkes sie in die Flucht trieb; eine Klage wegen böswilliger Verleumdung wäre ihnen sicher!

Nun fällt das Kammergericht kürzlich eine interessante Entscheidung, in der es die persönliche Haftung derjenigen Personen ausspricht, die sich der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt und auf Grund der ihnen angeblich von dieser verliehenen Machtbefugnisse in die Eigentumsverhältnisse dritter Personen eingegriffen hatten. Zu den Heldentaten gewisser Offiziere gehörte bekanntlich auch die Beschlagnahme von Privatautomobilen auf offener Straße. So erging es einem Berliner Kaufmann, dessen Automobil von einem Rittmeister a. D. in seiner Eigenschaft als „Polizeioffizier der Reichsanzeiger“ beschlagnahmt und unter Drohungen gegen den Chauffeur der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt wurde. Der Kläger forderte an Hand der Eigentumsurkunden des Bürgerlichen Gesetzbuches Schadenersatz für die ihm durch die rechtswidrige Benutzung des Wagens entstandenen Nachteile.

Das Kammergericht stellte sich auf den Standpunkt des Klägers und begründete sein Urteil u. a. folgendermaßen:

Durch die Heranziehung des Wagens des Klägers zu Fahrten für die Reichsanzeiger ist das Eigentum des Klägers widerrechtlich verletzt und diesem infolge der Abnutzung ein Vermögensschaden entstanden (§ 823 BGB.). Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beschlagnahmte den Wagen beschlagnahmt hat. Mindestens hat er schon durch die für den Wagen am 15. März 1920 erteilte Anweisung wissentlich der Kapp-Regierung zur Benutzung des Wagens durch die Tat Hilfe geleistet, so daß er jedenfalls nach § 830 Absatz 2 BGB. als Gehilfe (§ 49

Str.BG.) haftet. Er brauchte und durfte seinen miltärischen Vorgesetzten keinen Gehorsam leisten, sie hatten sich, wie ihn bei der ganzen Art des Kapp-Unternehmens zweifellos bekannt war, außerhalb der Verfassung gestellt. Er mußte auch offenbar, daß er zum Gehorsam nicht verpflichtet war, denn nach der damals schon längst in Kraft getretenen Reichsverfassung sind auch die Angehörigen der Wehrmacht auf sie zu beedigen. (Art. 176.) Endlich ist er sich — wie keiner weiteren Begründung bedarf — auch bewußt gewesen, daß er durch seine Anweisung vom 15. März 1920 dazu beitrug, das Eigentum des Klägers zu verletzen, ihm sogar einen Vermögensschaden zuzufügen.

Dieses Urteil des Kammergerichts ist deshalb außerordentlich beachtenswert, weil es die Basis für eine zivilrechtliche Verfolgung abgibt, die, unbeschadet der Unmöglichkeit, die Kapp-Rebellen mittels des Strafrechts zu erfassen, für manchen der Volksbefreier recht unangenehm werden kann. In der in dem Urteil geschilderten Weise sowie auch durch andersartige Verlegungen der Vorschriften des Zivilrechts sind in den Märztagen vorigen Jahres zahlreiche Uebergreife erfolgt, die demnach durch die Amnestie nicht erledigt sind, also nach wie vor der zivilrechtlichen Verfolgung unterliegen. Hoffentlich wird unter Bezugnahme auf diesen Präzedenzfall von recht vielen Geschädigten ein Schadenersatzverfahren gegen die Helfershelfer des Herrn Kapp eingeleitet; die Wirkung würde sicher abschreckender sein, als eine strafrechtliche Verfolgung, bei der nach den bisherigen Erfahrungen doch nichts herauskommt.

## Der neue Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig.

Der dritte Kriegsverbrecherprozeß begann heute um 9 Uhr vormittags vor dem Zweiten Straßsenot des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt. Zu verantworten hat sich der Arbeiter Robert Neumann aus Ostrow wegen Mißhandlung und Beseidigung englischer Gefangener im Lager zu Pommerensdorf (Pommern). Als Verteidiger stehen dem Angeklagten Justizrat Burje und dessen Sohn aus Steintz zur Seite. Die Anklage wird wiederum vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertreten. Sachverständiger ist General v. Franke, als Dolmetscher fungieren Rechtsanwalt Dr. Brehmann und Victor Arnhaus in Leipzig.

Der Zeugenaufruf ergibt, daß 14 deutsche und 25 englische Zeugen zur Stelle sind. Eine Anzahl Engländer ist in London kommissarisch vernommen worden. Neben den englischen offiziellen Persönlichkeiten wohnen im Auftrage der französischen Regierung zwei französische Advokaten und ein französischer Dolmetscher der Verhandlung bei.

Der Angeklagte ist 1891 geboren und verheiratet. Er hat den Krieg in Ost und West mitgemacht und ist verwundet gewesen. Später kam er in das Lager Pommerensdorf, wo er gefangene Engländer, Franzosen und Serben zu bewachen hatte. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, vom März bis Dezember 1917 englische Gefangene in einer Reihe von Fällen mißhandelt und durch die Worte „englische Schweinehunde“ beleidigt zu haben.

## Wer ist Michalski?

Bei der Kundgebung für Oberschlesien am letzten Sonntag sprach, wie wir mitteilen (vgl. Nr. 250 des „Vorwärts“), neben einer Reihe anderer Redner auch der Kommunist Michalski. Diese Tatsache war der „Roten Fahne“ sehr unangenehm und sie suchte mit allen möglichen Mitteln ihn von sich abzuschütteln. Entgegen ihren Behauptungen erfahren wir nun von absolut zuverlässiger Quelle, daß Michalski ganz zu Unrecht von der „Roten Fahne“ abgelehnt wird. Er ist ein bekannter Führer der Breslauer Kommunisten und wurde von diesen in verschiedene Ehrenämter gewählt. Es ist völlig ausgeschlossen, daß er mit einem Münchener politischen Hochstapler, mit dem ihn das kommunistische Blatt gleichsetzen will, identisch ist.

## Es kommt ein Tag...

Die letzte Nummer der vom „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Hamburg“ herausgegebenen Zeitschrift „Der deutsche Kaufmann im Auslande“ enthält in einem Aufsatz eines Herrn Paul Bröder „Mal in der alten Heimat“ folgende geschmackvolle Sätze:

„Folgen wir nur unserer inneren Stimme, lassen wir uns trunken machen von all der Sommerlust und Leppigkeit, die um uns sich breitet, lassen wir uns leiten von unserm Stern: dem Echten und Wertvollen. Der Genuß des Wanderns besteht nicht in dem Bemühen der Glieder, in der Anstrengung der Beine, er liegt im Erleben, Ersehnen und Erfassen des Wahns und Werdens um uns, in der Einheit des Erblichens und Strebens in uns und der Welt.“

**Photographie und Luftschiffahrt.** Durch die Verbindung der Photographie mit der Luftschiffahrt ist ein ganz neues Gebiet entstanden, aus dem Wissenschaft und Industrie großen Nutzen ziehen. Ueberall in der zivilisierten Welt arbeiten Flieger und Photographen zusammen, um aus der Vogelperspektive ganze Städtebilder und riesige Fabrikanlagen ebenso wie sportliche Veranstaltungen und Naturerscheinungen aufzunehmen. Diese Photographien bieten ein vortreffliches Anschauungsmaterial. Ganze Expeditionen sind ausgerüstet worden, um die Luftphotographie in den Dienst der geographischen Forschung zu stellen. So werden jetzt mit Hilfe von Seesflugzeugen die Küstungen einiger südamerikanischer Riesenflüsse aus der Luft photographiert, um auf diese Weise eine genaue Kartographierung dieser Abgeschiedenheiten vorzubereiten. Die Behörden von Französisch-Guayana verwenden ein ganzes Geschwader von Seesflugzeugen dazu, um durch systematische Luftphotographie die Unterlagen für eine neue Karte des Gebietes zu gewinnen. In London sind 5000 Pfund dafür ausgeworfen worden, um eine genaue Karte der Stadt mit Hilfe von Luftphotographien zu schaffen. Besonderen Nutzen leistet die Luftphotographie bei der Erforschung der großen Wälder, deren wirtschaftlichen Wert Holzschaffende feststellen wollen. Photographieren der verschiedenen Teile der Wälder aus der Luft lassen sich sehr schnell machen und geben die wertvollsten Anhaltspunkte für die Beurteilung der Baumarten und des Standes der Wälder. Auf diese Weise kann man in Stunden Resultate erlangen, für die man früher bei dem mühseligen Durchwandern der Wälder Wochen brauchte.

Im Berliner Kongresspalast konnte jetzt ein großer Raum für van Gogh eingerichtet werden mit 11 Leihgaben. Von der August-Rade-Ausstellung ist ein Saal mit Aquarellen und Zeichnungen und einer mit Gemälden geblieben. Nach Fortgang der italienischen Ausstellung ist ein Raum mit Handzeichnungen des Berliner Heinrich Jille neu eingerichtet worden. Der Nachbarraum nahm eine Folge von Aquarellen von Christian Rohls-Hagen auf. Im Obergeschoß der Galerie bleibt die Leihausstellung von sieben Bildern Ferdinand Hodlers.

Das neue Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig gibt in anschaulicher, allgemein verständlicher Weise eine Darstellung der deutschen Volkswirtschaft. In den einzelnen Abteilungen wird der Werdegang der verschiedenen Fabrikationsmethoden technologisch und wissenschaftlich in Bildform festgehalten. Ueberhaupt ist auf die Verwendung der graphischen Darstellungsmethoden der größte Wert gelegt. Die großen Wandlungen, die sich in der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren vollzogen haben, können nicht

„Es kommt ein Tag, da liegt entweder bei den anderen die Vernunft oder da ballt die Erde wieder vom Massentritt der deutschen Bataillone. Nach Ostland wollen wir reiten... Und: Es braust ein Ruf wie Donnerhall.“

Das wird kaum von unseren Reigungen abhängen. Kriege führt kein Volk wirklich freiwillig. Es steht da in einem großen Zwangsgetriebe. Gerade das unbewaffnete Deutschland wird in einen kommenden Krieg am sichersten hineingepreßt. Wir werden kämpfen müssen, auch wenn wir nicht wollen.

Noch ist die Saat nicht reif. Auf diesen fernem Tag! In jenen Kindern wird er einst ersehen! Und wer von uns ihn erleben sollte, wird fröhlich dabei sein.“

Auch die ungewöhnlich hohe Temperatur dieses Monats hätte den Verfasser nicht zu Ausführungen veranlassen dürfen, die dem Ansehen des deutschen Kaufmannstandes im Auslande erheblichen Schaden zufügen müßten. Es wäre von Interesse zu erfahren, wohnin der begeisterte Barde dieses Hymnus auf einen künftigen Krieg während der Jahre 1914—1918 geritten ist, ob er sich im neutralen Auslande aufhielt, oder ob er den „Massentritt der deutschen Bataillone“ vervollständigte. Den deutschen Kaufleuten im Auslande aber ist zu raten, daß sie derartige nationalstische Schreier und üble Zukunftspropheten kräftig von sich abschütteln.

## Freiwillige vor!

Trotz des erlassenen Verbots der Freiwilligenwerbung für Oberschlesien war am letzten Sonntag im Lokal von Hermann Dau, Caputh, Potsdamer Str. 22, an auffälliger Stelle ein Plakat folgenden Inhalts zu lesen:

„Es werden im Kreise Jauß-Beizig Freiwillige aller Waffengattungen für Oberschlesien gesucht. Infanterie und Pioniere bevorzugt. Einheitsführung 50 Raat und freie Verpflegung. Meldung in Lehm, Hotel „Zur Post“, 8—12 und 2—4 Uhr.“

Es ist ein Skandal, daß die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Bildung von Freikorps in so offenkundiger Weise mißachtet wird. Gewisse Kreise scheinen an einem Balkanabenteuer noch immer nicht genug zu haben. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um sofort eine Untersuchung der Angelegenheit zu veranlassen.

## Die Wiedergutmachung.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Reparationskommission werden heute in Paris weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark angeboten, so daß also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angezahlt sind.

Paris, 31. Mai. (E.) Die Besprechungen zwischen französischen und deutschen Vertretern über die Lieferung von Holzhäusern für die zerstörten Gebiete wurden gestern fortgesetzt. Die deutschen Sachverständigen haben für zwanzig verschiedene Häuserentwürfe die Preise bekanntgegeben. Die Vorschläge wurden den verschiedenen Dienststellen des Ministeriums für die betroffenen Gebiete, sowie den Industriellen, die Sachverständigen in der Holzindustrie sind, unterbreitet. Die deutschen Preise beziehen sich auf die Lieferung der Materialien franko deutsche Grenze, ohne auf die Zollfrage oder auf den Transport in Frankreich irgendwie Rücksicht zu nehmen und auch ohne die Aufstellung der Häuser im Betraut zu ziehen. Die deutschen Vertreter schlugen vor, mehrere Häuser in gewissen Mittelpunkten der zerstörten Gebiete kostenlos aufzustellen. Eine neue Sitzung der beiderseitigen Vertreter findet heute nachmittags statt.

## Auflösung der deutschen Friedensdelegation.

Berlin, 31. Mai. (W.D.) Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation in Paris werden vom 1. Juni ab von der Botschaft übernommen.

Der amerikanische Botschafter für Berlin D. G. Hill ist in Paris angekommen und wird sich dort, bevor er sich nach Deutschland begibt, einige Tage aufhalten.

Das Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Salzburg ist folgendes: Abgegeben wurden 104 000 Stimmen, von denen 103 000 auf Ja, 800 auf Nein lauten und 200 ungültig sind. Die Wahlbeteiligung übersteigt 90 Proz. aller Stimmberechtigten.

Die geistliche Schulaufsicht wurde durch eine Verfügung der Regierungscommission für das Saargebiet aufgehoben.

## Vom echten Wandern.

Von Edwin Rudolph.

Der Sporttrieb ist heute in unserer Jugend lebendiger als vor dem Kriege, Wanderfahrten und Fußballspiele ziehen sie vor allem an. Aber wie beim Fußball oft der Ehrgeiz des Wettkampfs die Lust an Bewegung und freiem Spiel überwiegt, so wird auch oft bei den Wanderfahrten der Wert mit der Elle gemessen. Schuld daran ist die Erziehung unserer Jugend, die auch auf diesem Gebiet zu Höchstleistungen angehalten wird, zur Aufstellung von immer neuen Rekorde. Und nicht wenig Schuld daran trägt die Ausbildung zum Kriegsdienst, die wir alle durchmachen mußten; denn auch hier war der Zweck, das bisher Menschennämliche zu erreichen, und schließlich galt das ganze blutige Ringen ja auch nur der Aufstellung eines neuen Rekords.

Diesen falschen Tätigkeitsdrang müssen wir wieder versuchen loszuwerden. Es ist nicht das Höchste und Wertvollste, viele Länder und Landschaften durchzusehen zu haben, und hier und dort und überall gewesen zu sein. In einer drei- und vierstündigen Raft am Wiesenhang oder Waldesrand ist mehr zu erleben, als bei einer zwanzig Kilometer langen Wanderung. Wer am Waldboden gelegen und in die Wipfel der Bäume geschaut hat, gesehen hat, wie die Baumkronen sich einander anpassen, wie ihre Äste und Zweige jede Lücke benutzen, um zum Licht zu streben, der kennt ein Stück vom Leben des Waldes. Und drehen wir uns zur Seite, werden unsern Blick dem Erdboden zu, so schauen wir mitten in das bunteste Treiben der Welt. Der Wald zeigt immer ein anderes Gesicht, wenn die Raigräser blühen, der Ginster, das Moos oder die Gebirgsreien reifen...

Unsern Arbeitsmenschen müssen wir abstreifen und uns ganz verlieren in die uns umgebende Welt, in ihr aufgehen, mit ihr eins werden. Ein solches Einsicheln verlangen nicht nur die gewaltigen Wälder, sondern auch die kleinen Dinge der Erde: ein sicheres Bach, ein Wiesenhang, eine blühende Heide, ein weites Moor. Wir wollen wandern, um zu genießen, wollen unsern Gesichtskreis erweitern, unsere Kenntnis durch Erfahrungen bereichern, Körper und Geist stärken, widerstandsfähiger machen und bilden. Auf das Erleben kommt es an, auf die Hingabe. Die wahre Freundschaft gepflügt sein will, Opfer und Hingabe haben will, so verlangt auch die Freundschaft mit der Natur eine Hingabe des ganzen Menschen, ein mit dem ganzen, vollen Gefühl Dabeisein. Ueberall ist bunte Mannigfaltigkeit in wechselnder Gestaltung, und doch bildet es zusammen eine Einheit, ist das eine nichts ohne das andere. Das Wandern ist eine Kunst, eine besondere Kunst, und eine echte dazu, bei der es keine Schulen und keine Richtungen gibt. Und zum Verständnis dieser Kunst braucht es weder Lateinschule noch Bücherwissen, weder Eintrittsgeld noch Vergnügungs-

besser und klarer zum Bewußtsein gebracht werden als in dem Museum. Da das neue Institut aus dem Kriegsweltmuseum hervorgegangen ist, tritt vielfach das Bestreben der deutschen Technik hervor, Deutschlands Bedarf durch eigene Produktion zu decken. Neben der Schaustellung ist auch der Ausbau einer Studien-sammlung geplant.

**Kassierungsfilme des Roten Kreuzes.** Die internationale Ausstellung des Roten Kreuzes, die vorigen Monat in Genf stattfand, bot reichlich Gelegenheit, die Fortschritte zu schätzen, die der Film im Dienste der sanitären Aufklärung in letzter Zeit zu verzeichnen hat. Das in Frage kommende kinematographische Material gliedert sich in mehrere Gruppen. Im Vordergrund steht die authentische Vorführung des Werkes, das das Rote Kreuz nicht nur während des Krieges, sondern auch nach Einstellung der Feindschaften in den verschiedenen Ländern Europas vollbracht hat. Eine andere Filmgruppe dient lediglich erzieherischen Zwecken. Um die Anschauungskraft dieser Filme zu erhöhen, hat man die hygienische Aufklärung in den Rahmen einer spannenden dramatischen Handlung einbelegt. Zur Belehrung über die Gefahr der Tuberkulose läßt ein Filmschriftsteller den Kochen Bazillus in Gestalt eines kleinen Lebewesens auftreten, das mit den wohlwolligen Kräften des menschlichen Organismus und seiner Umwelt einen ununterbrochenen erbitterten Kampf führt.

**Englands größte Niederlage.** Ein bezeichnendes Geschichtchen erzählt Clemenceau in der Einleitung zu André Tordieux Buch über den Verfall der Frieden, das demnach auch in deutscher Uebersetzung erscheinen wird. Als die Amerikaner in den Krieg eingegriffen hatten, wurde der Unabhängigkeitstag, das Fest der Vorehrung der ehemals englischen Kolonien von dem Mutterlande, in Paris feierlich begangen. Bei der Parade der amerikanischen Truppen vor dem Denkmal Washingtons standen Wood George und Clemenceau zusammen. „Wissen Sie auch“, sagte Wood George und einem eigenhändigen Rächer, „daß Sie mich veranlaßt haben, an der Verherrlichung von Englands größter Niederlage teilzunehmen?“ — „Wenn auch Ihre Nationalstolz diese Niederlage bedauern mag“, entgegnete Clemenceau schlagfertig, „so bin ich doch sicher, daß Sie den Tag nicht bedauern.“

**Kammerspiele.** Mittwoch, 1. Juni, 7½ Uhr abends, Uraufführung von Valdisch Schwan „Der Strohhut“, in der Bearbeitung von Heinrich Bürger.

**Reichstheater.** Mittwoch, 1. Juni, ab 7 Uhr, Uraufführung der Schauspiel „Ab: Dalka“ von Anneton und Kautz.

Das Germanische Museum wird Anfang Juni die Räume des Erdgeschosses in seinem Neubau eröffnen.

Der Rabindranath Tagore wird Donnerstag, 2. Juni, mittags 12 Uhr in der neuen Aula der Berliner Universität eine Vorlesung halten. Das Thema lautet: „The message of the forests and the soul of India“ (Die Botschaft der Wälder und die Seele Indiens).

**Französische Kulturpropaganda in Ostland.** Die Unterseite Riga soll ein Vorposten der französischen Kultur im Baltikum werden. Das vor einigen Monaten in Paris gebildete Komitee mit französischer Präsenz nach Riga über und in Ostland französische Schulen begründen, ferner literarische Zentren und Zentren nach Riga, Riga, Riga. (Aus dieser „Zeitung“ wird dann später einmal Kapital geschlagen — wie im ebenja begünstigten Syrien.)

## Briands Senatsrede.

Die Rede, die Briand gestern im Senat gehalten hat, zeigt, daß sich der französische Ministerpräsident durch das Kammervotum in seiner Politik bestätigt fühlt und diese mit größerer Entschiedenheit fortführt. Man kann also auch heute ohne Unvorsichtigkeit behaupten, daß in Frankreich die gemäßigteren Elemente zur Geltung gelangt sind, sie werden sie aber freilich nur solange behaupten können, als in Deutschland der Kurs beibehalten wird, der mit der Bildung des Kabinetts Wirth eingeschlagen worden ist. Ueber den Schluß der gestrigen Senatsitzung wird von WTB. noch berichtet:

Briand erklärte im Senat weiter: Selbst Amerika habe gesagt, man könne Deutschland nicht so große Lasten aufbürden. In London habe man von dem Recht Gebrauch gemacht, Sanktionen zu ergreifen. Man habe erklärt, man dürfe Deutschland keine neuen Vorschläge machen, es sei denn

### in Gestalt des Ultimatus.

Die Belgier hätten vermittelt, und so sei man zu einem Einverständnis gelangt. Er erkenne in der Tat an, daß er sein Versprechen nicht gehalten habe, aber habe er recht oder unrecht gehabt? Wenn er getan hätte, was er gesagt habe, hätte er einen großen Entschlussschmerz empfunden und

### in einem Tage das Ruhrgebiet besetzt.

Er hätte als Maximum in Frankreich Popularität wenigstens für acht Tage erzielt. Aber an diesen Dingen habe er keinen Geschmack. Er habe geglaubt, es liege im Interesse des Landes, sich nicht den Bemühungen der Belgier zu entziehen, die vermitteln wollten. Der Oberste Rat habe Deutschland eine Frist von acht Tagen gegeben. England habe sich nicht geweigert, Zwangsmassnahmen ins Auge zu fassen. Frankreich habe sich nicht über die Haltung, die es eingenommen habe, zu besorgen. Es sei mit Mühseligkeit vorgegangen, trotz der Nacht, über die es verfüge. Man müsse Vertrauen haben, aber man müsse

### nicht systematisch militärisch

bleiben. Der Reichskanzler habe vor dem Reichstag erklärt, man sei besiegt, man müsse bezahlen. Frankreich wolle selbst besiegte Völker nicht erdrücken, das sei niemals französische Tradition gewesen, aber Frankreich wolle auch nicht, daß das besiegte deutsche Volk sich so benehme, als wenn es siegreich gewesen sei. Es müsse den Begriff seiner Niederlage empfinden. Man wolle Frankreich aber die Wahrheit sagen. Der Friedensvertrag mache Deutschland zu einem solidarischen Pfand der Alliierten. Frankreich hätte also Angelegenheiten gehabt, wenn es sich Hülfe hätte, und zwar in politischer und auch in finanzieller Hinsicht. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, dann hätte das eine schwere Last werden können, aber wenn man Frankreich gelagert hätte, daß man durch Besetzung des Ruhrgebiets bezahlt werden würde, so wäre Frankreich darauf eingegangen. (Beifall.) Gemäß mit den Alliierten zusammen im Ruhrgebiet hätte man Einnahmen erzielen können.

Die augenblickliche Regierung Deutschlands habe alle ihre Verpflichtungen gehalten.

Er wolle der Welt den Eindruck der vollkommenen Loyalität und des guten Willens geben. (Beifall.) Ministerpräsident Briand erklärte alsdann, man habe von Deutschland Befriedigung erzielt. Die Entwaffnung sei auf gutem Wege. Die Regierung sei schwach, sie könne gestürzt werden. Die einberufenen französischen Soldaten seien nach dem Rhein gegangen. Man habe versucht, sie von ihrer Pflicht abzuhalten. Sie hätten aber gemutet, welchen Dienst sie dem Vaterlande erwiesen. Durch ihre Gegenwart hätten sich die Ereignisse gewandelt. Schließlich hob Briand hervor, von welcher Bedeutung es für Frankreich sei, die Allianz aufrechtzuerhalten, und daß es von Wert sei, angesichts des guten Willens Deutschlands, Mühseligkeit zu zeigen.

Albot sagte, der Ministerpräsident würde einen Fehler begangen haben, wenn er sich von den Alliierten getrennt und allein das Ruhrgebiet besetzt hätte.

Finanzminister Doumer erklärte, Frankreich würde nicht mehr bezahllen, was durch Deutschland bezahlt werden müsse. Er habe wiederholt erklärt, daß die Wiederherstellung der Finanzen davon abhängen würde.

In der weiteren Debatte forderte General Hieschauer vollkommene Entwaffnung Deutschlands, namentlich hinsichtlich der Luftschiffahrt.

Briand ergriff nochmals das Wort, um zu erklären, die Frage der Sicherheit habe ihn vor allem anderen beschäftigt.

### Die Organisationen in Bayern.

wo ein beunruhigender Geisteszustand herrsche, mühten aufgelöst werden. Der Entwaffnungsplan sei von Marshall Foch ausgearbeitet worden. In der Frage der Sicherheit könne man nicht nachgeben. Wenn Deutschland nicht wirklich entwaffnet werde, werde man handeln müssen. Wenn Deutschland guten Willen zeige, werde man mit ihm normale Beziehungen anknüpfen können. Der demokratische Geist müsse sich in Deutschland entwickeln.

### Damit wurde die Generaldebatte geschlossen.

Nach Privatmedungen verschiedener Blätter soll sich Briand auch über die in Kraft befindlichen Sanktionen (Rheinzoll und neue Befestigungen) in einer sehr interessanten Weise ausgesprochen haben. Danach hätte er gesagt, die Sanktionen könnten erst aufgehoben werden, wenn Deutschland den vollständigen Beweis für seine guten Absichten erbracht habe. Nach seiner persönlichen Meinung habe Deutschland seinen guten Willen gezeigt, der Beweis sei aber noch nicht vollständig.

Hätte sich Briand wirklich so geäußert, so wäre daraus zu schließen, daß er sich in dieser vielumkämpften Frage alle Türen offen halten will. Völkerrechtlich steht die Sache so, daß der Rhein Zoll und die neuen Befestigungen mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sind. Verlangt man von Deutschland die Erfüllung des Vertrages, so muß man sich auch auf der anderen Seite in seinen Grenzen halten. Mit der von Briand angekündigten Politik der Mäßigung und Loyalität wäre eine längere Aufrechterhaltung der Sanktionen unvereinbar.

## Oesterreichs Finanzreform.

London, 31. Mai. (WTB.) Der Finanzausschuss des Väterbundes hat seine Untersuchung über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs abgeschlossen. Als Grundbedingungen erwartet er Reform der Währung durch eine unabhängige Emissionsbank, möglichst baldige Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts, möglichst baldige Mobilisierung einer inneren Anleihe in beträchtlicher Höhe. Während die Emissionsbank sobald als möglich begründet werden soll, soll die Währungsreform nicht notwendig gleichzeitig eingeführt werden. Erste Pflicht der Bank wäre, den Besessenen der Krone zu stützen und eine Reform vorzubereiten, die die gegenwärtigen Noten durch eine ganz neue Währung mit feststehender Valuta ersetzt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis von den gebotenen Garantien und ist der Meinung, daß auf dieser Grundlage die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs mit berechtigter Hoffnung auf Erfolg unterommen werden kann. Bezüglich vorläufiger Vorschläge an Oesterreich für die Uebergangszeit hat der Ausschuss bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Vorschläge in kurzem unter der Bedingung verfügbar sind, daß die oesterreichische Regierung ihr fi-

nanzielles Reformprogramm durchführt. Die Arbeiten des Ausschusses sind soweit vorgeritten, um die Wiederherstellung der österreichischen Kredite zu gestatten. Mit der unmittelbaren Ausgabe der vorgesehenen Regierungsanleihen an Oesterreich, die zeitweilig aufgehoben war, könne begonnen werden.

## Zur Regierungsbildung in Italien.

Rom, 31. Mai. (WTB.) Die römischen Blätter beschäftigen sich mit der Möglichkeit einer Mitarbeit der Sozialisten in der Regierung. Der Katholikführer Meda hat dem Korrespondenten des „Journal de l'Italie“ erklärt, daß er die Mitwirkung der Sozialisten oder wenigstens ihre Unterstützung nur begrüßen würde. Der Sozialist Bello hat dem gleichen Blatt erklärt: Mehr als 40 Abgeordnete mit Turati und Kasalini an der Spitze streben eine Mitarbeit an, während etwa 50 Abgeordnete der radikalen Richtung Bazzari Gegner jeder unmittelbaren Betätigung in der Regierung seien, sie aber für die Zukunft ins Auge fassen. Der linke Flügel der Sozialisten werde eine radikale Mittis ans Ruder bekämpfen und sei auch natürlich gegen Orlando, Bonomi und Salandra wegen ihrer politischen Vergangenheit.

Zu dem Parademarsch vor Eitel Friedrich erklärt das Reichswehrministerium, daß die Soldaten vom Reichswehrregiment 9, die daran teilgenommen haben, Kriegsteilnehmer gewesen seien und Urlaub zur Beteiligung an dieser Feier verlangt und erhalten hätten. Sie seien im Ausnahmezustand, also ohne Gewehr und nicht mit Helm gewesen und der Parademarsch hätte dem General v. Scheffer-Bogadel gegolten!

## Groß-Berlin

### Billige Milch.

„Wir schaffen bill'ge Milch herbei, Berliner Konstanten!“  
So tüt der Händler lockend schrei.  
Ich fürcht', das ist 'ne Ent!

In bill'ger Milch kannst schlemmen du,  
In Butter auch und Eiern,  
Alles gebeht Kalb, Och und Kuh,  
Im Land der Dreifach-Bayern.

Jedoch wie sehr auch Bayern lockt,  
Wie schön die Händler loben,  
Der Dalles hält uns angepöckelt,  
Uns fehlen die Moneten.

Wenn Geldleut' so moralisch tun,  
Soll man die Ohren luffen:  
Das Volk ist stets das arme Huhn,  
Das sich die Schläuen rupfen.

Jan Ewert

## Riesenfeuer in einer Papiergroßhandlung.

### Die Gebäude der Firma total niedergebrannt.

Ein gewaltiges Schadefeuer, das für viele Millionen Werte vernichtete, entstand in der heutigen Nacht auf dem Grundstück der Pappen- und Papiergroßhandlung Joseph Schmelz, Mühlentstraße 11. Der Wächter mußte, als er den Brand bemerkte, sofort an die Hauptfeuerwache die Meldung Großfeuer weitergeben, und kaum eine Viertelstunde später waren bereits 9 Löschzüge, unter Führung des Branddirektors Reichelt, zur Stelle.

Beim Eintreffen der Wehr hatte das Feuer schon einen so riesigen Umfang genommen, daß ein Ablöschen vor der Hand gar nicht zu denken war. Branddirektor Reichelt ließ sofort, zum Teil durch sehr lange Zuleitungen, aus insgesamt 18 Höhen Wasser geben, um wenigstens die angrenzenden Lagerhäuser und die massiven Gebäude vor einem Ueberfliegen des Feuers zu bewahren. Alle Anstrengungen der Feuerwehr, die schließlich aus sämtlichen verfügbaren Leitungen Wasser gab, waren jedoch vergeblich. Die Flammen griffen auf die anderen Baulichkeiten und schließlich sogar auf ein massives zweistöckiges Gebäude über, in dem ebenfalls große Papiermengen lagerten. Unter Lebensgefahr gelang es den Mannschaften, in die brennenden Baulichkeiten vorzudringen, den Flammen freien Abzug zu schaffen und größere Lagerräume unter Wasser zu legen, doch erlitten leider vier Feuerwehrmänner Rauchergiftungen. Die Feuerwehr mußte sich schließlich darauf beschränken, die angrenzenden Wohnhäuser und Lagerplätze durch reichliches Wassergeben vor einem Ueberfliegen des Brandes zu schützen. Von den Baulichkeiten auf dem Grundstück der Firma Schmelz war so gut wie nichts zu retten. Um 8 Uhr morgens mußten die Mannschaften der neun Löschzüge, die bereits stark erschöpft waren, durch andere Mannschaften von den Wachen abgelöst werden. Obwohl die Hauptgefahr als beseitigt gelten konnte, mußten die Motorspritzen doch mit voller Kraft weiter arbeiten. Die Ursachen des Brandes sind noch nicht festgestellt. Brandstiftung ist nicht unwahrscheinlich.

## Geschäftseinbrüche en gros.

### Beute im Werte von über 1 000 000 Mark.

In den letzten Nächten haben die Geschäftseinbrecher in Berlin ganz unheimlich gehäuft und große Werte erbeutet. In der Seidenstoffe-Großhandlung von Julius Michaelis in der Leipziger Straße 60/61 stahlen sie für 200 000 M. Seide und Samt, bei der Firma Sternberg u. Co. in der Klosterstraße 36 für ebenfalls 200 000 M. Stoffe, bei Blank u. Nurenberger in der Lindenstraße 42 für 150 000 M. Röhrgarn und Strickwaren, bei dem Kaufmann Hermann Kaul in der Reyerbeerstraße 10 für 40 000 M. Galanteriewaren, bei Knoller in der Ritterstraße 72 für 30 000 M. Handspiegel und Artikel für Regalpflege, in dem Schuhwarengeschäft „Neptun“ in der Kleiststraße 32 für 50 000 M. Herren- und Damenstiefel und an verschiedenen anderen Stellen Waren aller Art im Werte von 10 bis 20 000 M.

## Die lackierte Jagdwagen und der lackierte Bauer.

Ein Landwirt in der Rauener Gegend erwarb kürzlich von einem Berliner einen Jagdwagen zu einem sehr billigen Preise. Nach einigen Tagen erschien bei ihm ein anderer Mann, der sich ihm als Vorbesitzer des Wagens vorstellte und sich darüber beklagte, daß sein Beauftragter den Wagen doch etwas zu billig verkauft habe. Dem Bauern leuchtete das ein, und er fand sich bereit, dem Vorbesitzer noch 500 M. zuzulegen. Er freute sich, daß er trotzdem noch einen billigen Wagen hatte und schickte diesen in eine Lackiererei, um ihn noch gründlich aufzufrischen zu lassen. Nach stand das Fuhrwerk dort in der Werkstatt, als bei dem Landwirt drei Männer mit einem Kraftwagen vorgefahren kamen und ihn wegen des Wagenkaufs zur Rede stellten. Zwei erklärten, der Jagdwagen sei ihnen gestohlen worden. Der Dritte, der sich als Kriminalbeamter aus Berlin mit einer Blechmarke „auswies“, beklagte das und verlangte im Namen des Geheimes Herausgabe des Wagens. Dem Bauern war die Geschichte sehr unangenehm und er erbot sich, den Wagen fernzugeben zu lassen, abzuholen und dann auf seinem eigenen Hof zu Verfügung zu stellen. Nach einigem Zögern ging der „Kriminalbeamte“ auf den Vorschlag ein, mußte aber den Bauern zu bewegen, ihm so-

fort 10 000 M. als Sicherheit dafür auszuzahlen, daß der Wagen nicht wieder verschwinde. Es wurde über die Geschichte ein ehrsames Protokoll aufgenommen, dann empfahlen sich die Herren und fuhren mit dem Auto wieder davon. Als der Wagen fertig war, meldete sein Besitzer der Kriminalpolizei, daß er abgeholt werden könne. Diese hatte aber unterdessen den wirklichen Eigentümer ermittelt. Er holte nun sein Eigentum ab und ließ seinen Wagen in einem viel besseren Zustande wieder, als er ihn verloren hatte. Der etwas leichtgläubige und vertrauensvolle Landwirt hat nun seinen Jagdwagen mehr und ist außerdem den Kaufpreis, die 500 M. Zulage und die 10 000 M. Sicherheit los. Das Geschäft mit dem Schwänzlern war ihm also ziemlich teuer geworden. Es wird ihn auch wenig trösten, daß die Kriminalpolizei jetzt drei der Gauner ermittelt und unschädlich gemacht hat. Einen gewissen Arno Müller und zwei gewerksmäßige Wagen- und Pferdebediene namens Geißler und Braun. Nur der „Kriminalbeamte“ ist noch nicht bekannt und erweist sich noch der Freiheit.

## Volkshochschule Groß-Berlin.

### Neuorganisation der wissenschaftlichen Leitung.

In der letzten Zeit hatte die Volkshochschule Groß-Berlin eine erfreuliche Weiterentwicklung. Im Hinblick auf den günstigen Stand der Hörerzahl wird bis den nächsten Herbst eine Zunahme bis über 6000 erwartet. Die Wehrung der Kurse nötig ist zu einer Neuorganisation der Geschäftsführung, von der die wissenschaftliche Leitung abgetrennt werden muß. Der Ausschuss, der gestern unter Vorsitz des Stadtrats a. D. Sassenbach tagte, hat dem vom Vorstand beschlossenen Plan nach einem erläuternden Referat des bisherigen Geschäftsführers Prof. Dr. Metz ohne Debatte zugestimmt. Die wissenschaftliche Leitung bleibt dem Prof. Dr. Metz als Direktor, den übrigen Teil der Geschäfte wird Dr. Geiger als Geschäftsführer übernehmen. Das ganze Arbeitsgebiet der Volkshochschule wird in sechs Gruppen zerlegt, deren jede einen Abteilungsleiter erhält. Diesen Vorstehern liegt die fachliche Beratung für ihre Gebiete ob, auch Vorschläge für die nach Anhörung der Hörerschaft im Einvernehmen mit der Lehrplankonferenz durch den Direktor aufzustellenden Lehrpläne. Die wissenschaftliche Leitung wird also künftig in die Hände von sieben Fachmännern statt bisher eines liegen. Die Abteilungsleiter werden vorgeschlagen durch Kommissionen, in denen der Vorstand, die Dozentenkonferenz und die Beratungsstellen vertreten sind; der Vorstand vollzieht dann die Wahlen. Bisher sind schon vorgeschlagen für die philosophische Gruppe einstimmig Prof. Dr. Liebert, für die künstlerische Gruppe einstimmig Dr. Gutmann. — Der Ausschuss prüfte in längerer Debatte auch die in einem Referat von Dr. Geiger vorgelegten Satzungsänderungen, die zur Eintragung der Volkshochschule in das Vereinsregister nötig werden. Sie sind hauptsächlich formaler Art; einige fachliche Änderungen fügen meist schon vorhandene und bewährte Einrichtungen in die Satzungen ein. Der Ausschuss erklärte sich einverstanden. Er billigte auch, daß im Vorstand die Stadtgemeinde Berlin künftig sieben Vertreter statt bisher vier haben soll. Die Volkshochschule fordert von Berlin für das laufende Geschäftsjahr die Erhöhung der Beihilfe auf 600 000 Mark. Der Magistrat will sie gewähren.

## Schließung der Kinderheilstätte in Pichtenberg.

Der Betriebsrat der Kinderstation Pichtenberg teilt mit: In der Tat ist die Kinderstation jetzt geschlossen worden. Beim denkt gar nicht an eine Wiedereröffnung, denn sonst würde es nicht sämtliches Inventar rauschaffen. Der Vorstand hat sich auch in diesem Sinne dem Betriebsrat gegenüber geäußert. Es sind offenbar für Wohlfahrtszwecke keine Mittel vorhanden. Wir fordern nochmals schnelle Bereitstellung von Geldmitteln, damit die Landesversicherungsanstalt Berlin die Heilstätte weiterführen kann. Es erscheint ganz unbedenklich, daß bei dem heutigen Stand der Unterernährung und Tuberkulose eine derartige Heilstätte leerstehen soll.

Im Bezirk 12 (Steglitz) wurde in knapp zweistündiger Sitzung die Bedarfsanmeldung des Bezirks für das Jahr 1921, die in Einmütigkeit 17 000 123 Mark, in Ausgabe 76 440 392 Mark vorliegt, erledigt. Der Berichterstatter des Etatsausschusses gab der Besichtigung Ausdruck, daß das Bezirksamt den Berliner Ermahnungen zur Sparsamkeit zu weit gefolgt sei, so daß die Etatsbestände des unteren Bezirks gegenüber anderen Bezirken, die weniger bescheiden in ihren Forderungen gewesen seien, zu kurz kämen. Die verschiedenen Fraktionen beschränkten sich in der Generaldebatte in Rücksicht auf die diesjährigen besonderen Verhältnisse auf kurze Erklärungen, dem Etat zuzustimmen, obwohl reichlich Veranlassung sei, dies und jenes ausführlich zu erörtern. Die beiden Kommunisten lehnten den ganzen Etat ab. In der Spezialberatung stellten die Unabhängigen verschiedene Anträge auf Erhöhung einzelner Positionen, von denen einer angenommen wurde. Schließlich wurde der größte Teil des Etats, da keinerlei Anträge mehr vorlagen, en bloc angenommen.

In den Jütterwochen ermittelte. In Böhlow, Bezirk Potsdam, hat sich ein eigenartiger Fall von Ermittlung zugetragen. Ein jungverheiratetes Paar hatte im Hause der Mutter sehr heimlich, ohne die vorherige Genehmigung des Miteinigungsamtes einzuziehen. Daraufhin wurden die jungen Eheleute nebst ihrem Hausrat kraft Austrages des Miteinigungsamtes durch die Polizei auf die Straße gesetzt. Die Angelegenheit erregt am Orte allgemeines Aufsehen.

Weiterer Abbau der Straßenbahn. Die Straßenbahndirektion gibt bekannt: Vom 1. Juni dieses Jahres ab werden die Linien 44 (Schönhäuser Allee—Tempelhof, Hohenzollernforst) und 85 (Leopold—Strauß—Alexanderplatz) eingezogen. Linie 43 wird bis zur Kreuzbergstraße verkürzt. Zum Ersatz für Linie 44 wird Linie 34 bis Tempelhof, Hohenzollernforst, verlängert und Linie 53 durch die Schönhäuser Allee bis zur Gleimstraße geführt. Mit dem 5. Juni wird der Sonntagsverkehr der Linie 92 eingestellt, der Wochentagsverkehr bleibt bestehen; vom gleichen Tage ab nehmen die Linien 33 und 71 an den Sonntagen ihren Betrieb etwas später auf als bisher. Näheres ist aus den Aushängen in den Wagen ersichtlich.

Herr Buchdrucker Richard Boldt, Friedenau, Fregestraße 75, unser Parteigenosse, legt Wert darauf, festzustellen, daß er mit dem Herrn Boldt, Friedenau, Fregestraße, der in der Affäre des Schönheitsinstituts „Autobor“ genannt worden ist, nicht identisch ist.

Durch religiöser Sozialisten, Abt. Westfalen, Mittwoch, 1. Juni, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Gemeindeaal, Dertelstraße 211. Wichtige Tagesordnung. Vollständiges Erscheinen ist dringend erforderlich. Die Bezirksvorstände verammeln sich dabei um 7 Uhr.

Gesundene Gegenstände. Beim Arbeiter-Sportfest im Stadion am 29. Mai sind folgende Sachen gefunden worden: 1 Brieftasche, 2 Portemonnaies, 1 Hut, 1 Kleid und 1 Unterrock (Mädchen). Gegen genügende Legitimation können diese Gegenstände täglich, nachmittags zwischen 4—5 Uhr, im Geschäftszimmer des „Arbeiter-Sport“, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 108, 1. Hof, Seitenflügel I, in Empfang genommen werden.

Deutscher Friedensgesellschaft. Freitag, den 3. Juni 1921, abends 7 Uhr, im Vortragsaal des Rathauses, Köpenicker Str., Verammlung. Thema: „Die Stellung der Frau zum Pazifismus.“ Ref.: Frä. Alwine Wellmann.

## Sport.

### Arbeiter-sport.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Die Kinderabteilungen in Schöneberg turnen ab Juni wie folgt: 1. Schülerabteilung Montag und Donnerstag 6—8 Uhr Fohdenstraße; 2. Schülerabteilung Montag und Donnerstag 6—8 Uhr Oberstraße (neben der Fohdenstraße); 3. Schüler- und Schülerinnenabteilung (Kinderhof) jeden Dienstag und Freitag ab 5 Uhr Spielplatz Fohdenstraße. Arbeiter-Sport, findet am Abend nicht in die bürgerlichen Berlin.

# Gewerkschaftsbewegung

## Generalversammlung der Gewerkschaftskommission.

Die Jahresgeneralversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission tagte am Montag in den Urminhallen. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die sozialen Einrichtungen der Landesversicherungsanstalt. Vollmershaus führte dazu aus: Durch die Presse gingen Notizen über finanzielle Schwierigkeiten der Landesversicherungsanstalt, durch die die sozialen Einrichtungen gefährdet wären. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hat sich deshalb mit Geheimrat Dr. Freund in Verbindung gesetzt und sich eingehend mit ihm darüber unterhalten. Dr. Freund habe erklärt, daß die Einrichtung der Zahnpflege und der Kinder-Tuberkuloseheilanstalt in Nichtenberg gefährdet und die Heilanstalt in Beelitz nicht in vollem Umfange aufrechtzuerhalten sei. Die finanziellen Schwierigkeiten seien groß. Gegenwärtig betrage die Jahreseinnahme 14,4 Millionen. Das Gesamtvermögen belaufe sich auf 64 Millionen Mark. Die Kosten des Heilverfahrens in Beelitz seien jetzt auf 3,1 Millionen Mark pro Jahr gestiegen. Geheimrat Freund erklärte ferner, daß es unmöglich sei, mit den jetzigen Beiträgen auszukommen, da deren Erlös nur allein für die Unfall- und Invalidenunterstützung usw. verausgabt werde. Nur kurze Zeit könnte es dauern, bis alle für die Arbeiterschaft getroffenen besonderen Einrichtungen aufgegeben werden müßten. Dr. Freund schlug den

**Erlaß eines Notgesetzes für die Landesversicherungsanstalten** vor, wonach unter gewissen Bedingungen die Versicherungsanstalten selbst sollten Beiträge fesseln können. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hat dann mit Vertretern des VDBB, beraten, die sich auf denselben Standpunkt des Dr. Freund stellten. Eine vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission eingesehene Kommission ist zu einem anderen Vorschlag gekommen, der von der Regierung im Wege der vereinfachten Gesetzgebung den Erlaß folgenden Gesetzes fordert:

§ 1. Die Versicherungsanstalten (§§ 1326, 1360 RVO.) sind verpflichtet, das Heilverfahren (§ 1269 ff.) in dem bisherigen Umfange weiter zu gewähren.

§ 2. Das Reich erstattet zu diesem Zweck den Versicherungsanstalten die von diesen für Kriegsteilnehmer oder deren Familienangehörigen nach § 1269 bis 1274 gemachten oder noch zu machenden Aufwendungen.

Ferner gewährt das Reich den Versicherungsanstalten bis auf weiteres Zuschüsse, die der infolge des Krieges hervorgerufenen Verteuerung des Heilverfahrens entsprechen.

Nach kurzer Debatte wurde der Entwurf einstimmig angenommen. Er wird an die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften weitergegeben werden.

Zum Jahresgeschäftsbericht nahm dann Sabath das Wort. Da der Bericht bereits in den Händen der Delegierten ist, beschränkte sich Redner auf allgemeine Bemerkungen. Unter anderem führte er aus: Die Tätigkeit der Gewerkschaften und damit der Gewerkschaftskommission ist jetzt weit vielfältiger als vor dem Kriege. Heute müssen wir uns mit Fragen beschäftigen, an die wir früher in der Gewerkschaftspraxis nicht gedacht hätten. Infolge der

### Zerissenheit der politischen Arbeiterbewegung

war es im vergangenen Jahre, wie auch in diesem Jahre, nicht möglich, eine gemeinsame Mai-Demonstration zu veranstalten. So haben wir uns darauf beschränkt, die Arbeiterschaft aufzurufen, geschlossen an der Mai-Demonstration ihrer politischen Parteien teilzunehmen. — Die Entwicklung der Betriebsrätefrage ist bekannt. In der Arbeitslosenfrage mußte für die Arbeitslosen eine berufene Vertretung geschaffen werden. Die erst ausgearbeiteten allgemeinen Wahlen scheiterten an dem Auftreten der RPD, die durch Strohtrupps in fast sämtlichen Wahllokalen die Wahlen unmöglich machte. Der Ausschuss kam deshalb grundsätzlich zu dem Beschluß, erneut die Wahl von Betriebsräten einzuleiten, aber nur unter Teilnahme der organisierten Gewerkschaftsmittelglieder. Das ist denn auch geschehen. Mit der Tätigkeit der Arbeitslosenvertreter, die bei den zuständigen Stellen arbeiten, haben wir gute Erfahrungen gemacht. — Die Reorganisation der Volkspreise wird durch eine Kommission, in der auch Vertreter der Gewerkschaftskommission sitzen, in die Wege geleitet. — Zur Unterstützung notleidender Kinder erließ der Ausschuss der Gewerkschaftskommission einen Aufruf an die Gewerkschaften zur Sammlung für die Arbeitslosen, ihre Angehörigen und ihre Kinder. Der Erfolg dieser Weihnachtsaktion war ein großer. Es wurden durch die Gewerkschaften insgesamt 2.551.370 Mark ausgebracht und fast restlos ausgezahlt. — Bei Lohnbewegungen und Differenzen in den verschiedenen Betrieben griff die Gewerkschaftskommission lebhaft ein. Mannigfaltig sind auch die Fälle, wo die Gewerkschaftskommission selbständig an das Arbeitsministerium und andere Stellen herantrat, damit bei Differenzen und Bewegungen die Parteien zur Verhandlung geladen würden. — Die Jugendorganisation ist wieder neu geschaffen und soll weiter ausgebaut werden. Für die Jugend, soweit sie gewerkschaftlich organisiert ist, ist ein Jugendkartell geschaffen. — Sehr eingehende und energische Berücksichtigung fand das Wohnungs- und Siedlungsproblem, wie Redner im einzelnen schilderte. Die Frage wird energisch weiter verfolgt. Mitbestimmend ist dabei das besonders starke Interesse der Arbeiterschaft an der Beschaffung von Wohngelegenheit und die brennende Aufgabe der Arbeitsbeschaffung.

Vollmershaus ergänzte die Ausführungen seines Kollegen in der Leitung der Gewerkschaftskommission. Zur Umgestaltung der Unterkommissionen beziehungsweise ihrer Anpassung an die Organisation des neuen Berlin kann augenblicklich noch nicht definitive Stellung genommen werden. Die Zusammenarbeit mit der Dets. Afa hat sich immer enger und für die Arbeiterbewegung wertvoller gestaltet. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften Groß-Berlins hat im verfloffenen Geschäftsjahr eine weitere Zu-

nahme erfahren, wenn auch selbstverständlich nicht in dem Maße wie 1919. Das Geschäftsjahr 1920 schloß mit einem Mitgliederbestand von 701.095.

Der Vermögensbestand der Gewerkschaftskommission hat sich dies Jahr etwas gehoben. An städtischer Arbeitslosenunterstützung gingen durch die Hände der Gewerkschaftskommission 99.400.000 R. Zur Erziehung Säfts ist noch folgendes zu bemerken. Die Vereinigte Kommunistische Partei hat die Unternehmung selbständig betrieben und sie hat ein reichhaltiges und einwandfreies Material vorgelegt, aus dem zweifellos hervorgeht, daß es sich um einen Werd handelt. Dem Wunsch nach Veröffentlichung dieses Materials durch die Kommission konnte nur deshalb nicht stattgegeben werden, weil die Gewerkschaftskommission beziehungsweise die seinerzeitige Untersuchungskommission ja nicht bei der selbständigen Unternehmung der Kommunistischen Partei beteiligt war. Es wird Sache der Staatsanwaltschaft sein, hier einzugreifen.

Der Sekretär Gustav Link gab dann den Bericht des Arbeitersekretariats, aus dem dessen segensreiche Wirksamkeit hervorging.

In der Diskussion wurde lebhaft gewünscht, daß man im nächsten Jahr wieder eine gemeinschaftliche Maidemonstration in Berlin abhalten kann.

Im Schlußwort stellte Sabath gegenüber Kaspar (Buchbinder) fest, daß die Betriebsrätezentrale ganz nach den früheren Beschlüssen grundtätig gearbeitet habe, indem davon ausgegangen werde, daß die Betriebsräte die Träger des Wirtschaftslebens sein sollen. Zu berücksichtigen ist, daß die Betriebsrätezentrale erst seit dem Januar in Tätigkeit ist. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

### Die Neuwahl des Ausschusses

ergab folgende Zusammensetzung: Bank und Handel: F. Schmidt, Bauindustrie: E. Thöns, Bekleidung: Lehmann, Chemie: Reimann, Graphisches Gewerbe: Kaspar (hat sich verpflichtet, als Ausschussmitglied im Rahmen der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse —!!!— zu wirken), Holzindustrie: Boese, Lebens- und Genussmittel: Schurann, Lederindustrie: Gerhardt, Metallindustrie: Jiska, Staat und Kommunen: Polenske, Verleher: Orthmann, Landwirtschaft: Bernotat. Dazu kommen die Stellvertreter. Die Bestätigung der Ausschussmitglieder erfolgte einstimmig.

Der Vorsitzende teilte noch mit, daß das Finanzministerium verlangt, die Organisationen sollten die Kosten für die Arbeiter- und Soldatenräte zurückerstaten. Nach einer Entscheidung der Volksbeauftragten von damals tragen aber die Lohnlosen, soweit nicht das Reich in Frage kommt, der Staat, die Gemeinden und die Unternehmungen. Demgemäß wird empfohlen, das Verlangen des Finanzministeriums abzulehnen.

**Verbindlich erklärter Tarifvertrag.** Der von dem Arbeitgeberverband der Getreideindustrien und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, am 16. März 1921 angenommene Schiedsspruch wird als Nachtrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kellerarbeiter und Kutscher in Weingroßhandlungen und zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 21. Oktober 1919 nebst Vergleich vom 24. April 1920 und Vereinbarung vom 28. September 1920 für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin mit rückwirkender Kraft ab 1. März 1921 für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit begann mit dem 1. März 1921. Tarifverträge im Bureau des Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 15, Zimmer 38.

# Wirtschaft

## Die Holzlieferung an die Entente.

Nach langen ergebnislosen Verhandlungen über die deutschen Holzlieferungen für den Wiederaufbau hat die Entente die Preise für die erste Lieferung im Umfang von etwa 1 Million Kubikmeter diktiert. Diese Preise sind so festgesetzt, daß die Holzhändler nur mit Verlust liefern könnten. Das Ergebnis der von der Reichsregierung veranstalteten Ausschreibung brachte daher keine sonderliche Ueberraschung. Am 6. Mai war die Frist für die Einreichung von Offerten abgelaufen. Eingegangen sind nur Angebote auf etwa 20 Proz. der geforderten Menge, hauptsächlich aus Bayern und Baden, und vermutlich nur von Händlern, denen das Wasser am Halfe steht. Norddeutschland hat strenge Zurückhaltung geübt. Sie wurde gefördert durch die Holzhändlerverbände, die sich der Hoffnung hingaben, günstigere Preise erzielen zu können, wenn sich das Ausschreiben als Fehlschlag erweisen würde.

Inzwischen scheint es in den Kreisen des Holzhandels zu dämmern, daß auf diesem Wege doch wohl nichts zu erreichen sei. In ihrer Fachpresse wird darauf hingewiesen, daß alles Sperren nichts nützt und geliefert werden müsse, wenn es nicht gelingen sollte, die Entente zur Bewilligung besserer Preise zu bewegen. In diesem Fall müßten die Frachtkosten vom Reich getragen werden. Am 24. Mai hat eine vom Reichskommissar für Wiederaufbau veranstaltete Sitzung stattgefunden, in welcher mit Vertretern des Reichsausschusses für Holzhandel, Säge- und Papierindustrie die zu ergreifenden Maßnahmen besprochen wurden. Wie verlautet, hat man sich dort dahin geeinigt, daß gegebenenfalls das Reich die Verluste des Holzhandels tragen soll, wenn es nicht gelingen sollte, doch noch bessere Preise zu erzielen.

Wertwürdigerweise hat der Reichskommissar nur die Unternehmungsvertreter aus dem genannten, paritätisch zusammengesetzten

Reichsausschuss geladen. Wären Arbeitervertreter zugegen gewesen, dann hätten sie gegen die Absicht, das Reich mit diesen Kosten zu belasten, Einspruch erhoben. Einmal wegen der finanziellen Lage des Reiches überhaupt, besonders aber deshalb, weil das ein Weg ist, der den notwendigen Abbau der Holzpreise unterbindet. Wenn schon ein Weg gefunden werden muß, die bei der Holzlieferung an die Entente entstehenden Verluste auf breitere Schultern abzuladen, dann wäre die Verteilung auf die Länder der gegebene Weg. Sie und nicht das Reich sind Waldbesitzer und sie haben an der Hochtreibung der Holzpreise wesentlich mitgewirkt. Die den Ländern auferlegte Verpflichtung, an den durch die Holzlieferung an die Entente entstehenden Verlusten tragen zu helfen, dürfte ihnen den Entschluß, an dem Abbau der Holzpreise mitzuwirken, wesentlich erleichtern. Würde die Tragung der Verluste dem Reich allein aufgedrückt, dann hätten weder Holzhandel noch Waldbesitz ein Interesse am Preisabbau.

Nicht übersehen darf werden, daß sich auch ein großer Teil des deutschen Waldbesitzes in den Händen Privater befindet. Begünstigt durch die Forstpolitik der Länder hat der private Waldbesitz glänzende Gewinne eingeheimst. Jetzt, wo es gilt, Verluste aus dem Holzhandel zu tragen, wird der private Waldbesitz eine sehr kräftige Schröpfung um so leichter ertragen, als es längst hohe Zeit gewesen wäre, ihn zu enteignen und die Wälder in Gemeinbesitz zu überführen.

Die beste Lösung wäre es, wenn es gelänge, die Entente zur Bewilligung angemessener Preise zu bewegen. Gelingt dies nicht, dann ergeben sich Schwierigkeiten. Die Frage muß sehr gründlich erwogen werden; hoffentlich ist das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen.

**Regelung der Weineinfuhr.** Durch eine im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte Verordnung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Bekanntmachung über die Einfuhr von Wein vom 23. März 1918 aufgehoben. Damit entfallen der bisherige Aufgabentritt und die Befugnisse der Weinhandelsgesellschaft m. b. H. in Berlin, die ihr durch diese Bekanntmachung übertragen waren. Mit der Aufhebung der Einfuhrzentralisation ist jedoch nicht die Freigabe der Einfuhr verbunden. Es bleibt vielmehr das allgemeine Einfuhrverbot und hiernach die Vorschrift bestehen, daß die Einfuhr in jedem Einzelfalle einer besonderen Bewilligung auf Grund festzusetzender Kontingente bedarf. Die Bewilligung wird wie bisher der Reichsbefugnisse für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr nach vorheriger Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erteilt.

Berichte, für den behalt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Kreisgebiet 23. Markt, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsamt: Hans Singer & Co., Berlin. Anstalt: 2.

### Gewinn-Auszug

## 17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse. 17. Ziehungstag. 30. Mai 1921.

Hier jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Cher Gewinn. Rückzahl verboten.

In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

2 zu 30000 M 106370	6 zu 5000 M 23408 80484 148151
2 zu 18000 M 235328	6 zu 5000 M 08778 175232 205614
2 zu 10000 M 23408 80484 148151	04 zu 3000 M 9878 9001 11418 5827 16080 17181 19524 25922 33958
6 zu 5000 M 08778 175232 205614	50381 29876 40173 41579 03904 70247 72390 77381 78849 83904 85449
04 zu 3000 M 9878 9001 11418 5827 16080 17181 19524 25922 33958	92978 97824 97959 98843 100909 108440 114014 114825 128298 154315
50381 29876 40173 41579 03904 70247 72390 77381 78849 83904 85449	141389 147218 147545 150394 159359 162615 167190 197097 211903 212453
92978 97824 97959 98843 100909 108440 114014 114825 128298 154315	215818 218999 219728 227679 228732 230244 237005
141389 147218 147545 150394 159359 162615 167190 197097 211903 212453	180 zu 1000 M 05 274 7313 9737 16289 23618 26260 29714 29903
215818 218999 219728 227679 228732 230244 237005	30858 31858 31857 33794 35501 36936 41412 43755 50589 51760 53371
180 zu 1000 M 05 274 7313 9737 16289 23618 26260 29714 29903	57802 62021 61713 62410 65202 70559 74148 75853 78529 83998 83916
30858 31858 31857 33794 35501 36936 41412 43755 50589 51760 53371	84273 92168 92458 92827 95338 95774 98547 110093 113941 115032
57802 62021 61713 62410 65202 70559 74148 75853 78529 83998 83916	123543 124639 128523 127877 129574 134599 140309 141495 140089 149849
84273 92168 92458 92827 95338 95774 98547 110093 113941 115032	150467 151175 152384 154925 156474 157984 160404 162458 164289 167033
123543 124639 128523 127877 129574 134599 140309 141495 140089 149849	170519 172865 180795 182719 184305 184858 187485 187876 184403 184578
150467 151175 152384 154925 156474 157984 160404 162458 164289 167033	199151 200816 202189 203701 203886 209784 210058 214005 213597 216076
170519 172865 180795 182719 184305 184858 187485 187876 184403 184578	218428 222230 230018 231006 231518 232908 235431 235909 239212
199151 200816 202189 203701 203886 209784 210058 214005 213597 216076	240 zu 500 M 14 708 1903 3518 5588 8030 7087 9130 10852
218428 222230 230018 231006 231518 232908 235431 235909 239212	10921 12640 13419 15028 19178 21163 23594 27119 27248 27812 34438
240 zu 500 M 14 708 1903 3518 5588 8030 7087 9130 10852	35292 35037 38743 40192 41795 42326 47282 47412 47967 49794 50091
10921 12640 13419 15028 19178 21163 23594 27119 27248 27812 34438	53851 53564 58845 58870 60058 61195 62274 66162 67073 68387 69336
35292 35037 38743 40192 41795 42326 47282 47412 47967 49794 50091	69916 71875 71687 71688 71951 77990 80004 80285 81391 83774 88417
53851 53564 58845 58870 60058 61195 62274 66162 67073 68387 69336	90992 92877 95478 96331 97443 104200 105241 105655 107619 107803
69916 71875 71687 71688 71951 77990 80004 80285 81391 83774 88417	109507 110051 114590 115045 116434 117180 118110 118309 119279 121740
90992 92877 95478 96331 97443 104200 105241 105655 107619 107803	128061 127995 130628 131647 136861 140985 140989 141035 142182 144431
109507 110051 114590 115045 116434 117180 118110 118309 119279 121740	146331 146861 150200 150643 154294 155927 159311 160175 164723 165853
128061 127995 130628 131647 136861 140985 140989 141035 142182 144431	168707 170889 171311 174268 174427 177493 189510 197187 200718 205768
146331 146861 150200 150643 154294 155927 159311 160175 164723 165853	209890 211450 212944 215981 217344 217745 219551 219930 220883 221871
168707 170889 171311 174268 174427 177493 189510 197187 200718 205768	222222 222962 225046 231999 231957 234194 237957

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

64 zu 3000 M 5828 6771 37487 38303 41963 43398 50013 57295 58028	60950 67748 77622 77668 77691 80449 82009 96125 105603 111804 113638
60950 67748 77622 77668 77691 80449 82009 96125 105603 111804 113638	118927 118338 127065 134037 144270 187110 190417 191167 195331 192284
118927 118338 127065 134037 144270 187110 190417 191167 195331 192284	225992 228050
225992 228050	185 zu 1000 M 3811 6731 8985 11201 12149 12481 12853 13827 13813
185 zu 1000 M 3811 6731 8985 11201 12149 12481 12853 13827 13813	14819 15051 20313 21738 23471 24342 27335 32589 37952 39004 41822
14819 15051 20313 21738 23471 24342 27335 32589 37952 39004 41822	42989 40550 51329 57841 57652 61189 73250 74239 76892 84005 85899
42989 40550 51329 57841 57652 61189 73250 74239 76892 84005 85899	80751 90638 91651 94450 94524 97572 97830 101386 102155 103027
80751 90638 91651 94450 94524 97572 97830 101386 102155 103027	104294 105517 114032 115634 116677 117371 118295 120557 122280 128034
104294 105517 114032 115634 116677 117371 118295 120557 122280 128034	132107 136328 136604 137889 140143 142187 147692 147693 139711 160485
132107 136328 136604 137889 140143 142187 147692 147693 139711 160485	164220 167705 168085 189145 190989 170969 175189 175787 176585 197747
164220 167705 168085 189145 190989 170969 175189 175787 176585 197747	180187 184819 185734 189327 194396 194507 195497 197238 200160 204817
180187 184819 185734 189327 194396 194507 195497 197238 200160 204817	208499 210783 212061 218262 219603 217953 218450 219890 226218 230950
208499 210783 212061 218262 219603 217953 218450 219890 226218 230950	228184 229603
228184 229603	212 zu 500 M 1853 6028 18433 14765 16104 18813 18678 21013 33193
212 zu 500 M 1853 6028 18433 14765 16104 18813 18678 21013 33193	27384 26828 30022 38043 35685 40623 41672 41800 41822 46708 47978
27384 26828 30022 38043 35685 40623 41672 41800 41822 46708 47978	49614 54639 55628 55834 55959 57542 64863 68064 83091 80344 74284
49614 54639 55628 55834 55959 57542 64863 68064 83091 80344 74284	75973 76063 76782 71795 92584 102489 102790 105282 105194 107446
75973 76063 76782 71795 92584 102489 102790 105282 105194 107446	109174 112690 114198 117123 117178 119283 121794 123407 123618 129502
109174 112690 114198 117123 117178 119283 121794 123407 123618 129502	131190 131243 132107 135269 138034 138844 139558 139434 143914 147735
131190 131243 132107 135269 138034 138844 139558 139434 143914 147735	146185 147432 150295 158516 160968 161716 161010 168744 170775 172921
146185 147432 150295 158516 160968 161716 161010 168744 170775 172921	175245 175783 176459 176892 180387 182103 185220 186608 190152 199131
175245 175783 176459 176892 180387 182103 185220 186608 190152 199131	200049 202131 202158 204929 205449 210743 214495 216282 217916 219791
200049 202131 202158 204929 205449 210743 214495 216282 217916 219791	218000 218050 218761 223101 223618 223990 225117 228067 331534 231727
218000 218050 218761 223101 223618 223990 225117 228067 331534 231727	233694 234646 236417 236818 236818

**Achtung! Aufbewahren!**

**Ein Paar gute Damenstrümpfe gratis**

erhalten Sie, um sich von unserer Leistungs-fähigkeit zu überzeugen, bei Einkauf eines **Jeden Paares Damenschuhe**. Wir verkaufen die neuesten Fassons

**Damenhalbschuhe M. 68, - M. 88, - M. 112, -**

**Weißer Schuh-Tage**

**Weißer Schuhe** neueste Fassons M. 44, - hierbei keine Zugabe

**Damenhochschaltstiefel M. 128, - M. 138, - M. 158, -**

**Herrenstiefel M. 128, - M. 144, - M. 168, -**

**Große Auswahl in Damenstrümpfen M. 9,30. Spezialmarke „Jona“ M. 15,50**

**Kein Laden! Kein Laden!**

**Schuhversand Kommandantenstr. 47** zweite Etage

**Stottern**

Stammeln, Lispeln, Atonie und Angestimmtheit vorz. Sprechen besond. gründlich

Dr. Schnaps Spezialinstitut

Lehrstr. 30. (Spr. 4-7, auch Sonn- u. Sonntags)

**Zaunpfähle**

1,10 m lang, von M. 0,80 per Stück an

**Latten** laufendes Meter von M. 1,30 an

**Dachpappen, Bretter,**